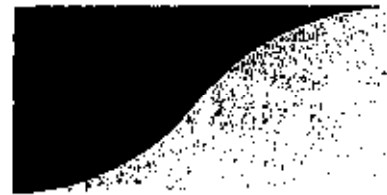


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d



## Inhalt

36. Jahrgang / 48

11. März 1981

Eckart Kuhlwein MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesbildungsminister, schildert, wie der Bundesrat unsachgemäß und wahrheitswidrig eine Stellungnahme abgab: Ausbildung für Benachteiligte.

Seite 1/2

Konrad Porzner, Berliner Senator für Finanzen, kommentiert den Nachtragshaushalt der Stadt: Wille zum Sparen.

Seite 3/4

Renate Schmidt MdB zu den Nürnberger Massenverhaftungen: Blanker Irrsinn mit Methode.

Seite 5/6

Peter Corterier MdB registriert Übereinstimmung mit Washington: Rüstungskontrolle bleibt vordringliche Aufgabe.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

### Ausbildung für Benachteiligte

Oder wie der Bundesrat unsachgemäß und wahrheitswidrig eine Stellungnahme abgab

Von Eckart Kuhlwein MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für  
Bildung und Wissenschaft

"Förderungsprogramme der Bundesregierung für ausländische Jugendliche, lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche sind keine Maßnahme, die zur Ausbildung dieser Personengruppen einen wesentlichen Beitrag leisten können. Die Ausbildung geht - auch nach den Erklärungen der deutschen Wirtschaft - an den Betrieben vorbei und widerspricht den Grundsätzen des dualen Systems. Eine Breitenwirkung kann sie nicht erreichen." Das sagt der Deutsche Bundesrat in einer Stellungnahme zum Sozialbericht 1980.

Förderungsprogramme (Mehrzahl) der Bundesregierung in der beschriebenen Form gibt es nicht. Es gibt allerdings ein (Einzahl) "Programm des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft für die Förderung der Berufsausbildung von benachteiligten Jugendlichen". Kenner wissen, daß der Deutsche Bundesrat dies Programm gemeint haben muß.

Kern des Programms ist es, solchen benachteiligten deutschen und ausländischen Jugendlichen, die nach einer berufsvorbereitenden Maßnahme keinen Ausbildungsplatz finden, in einer überbetrieblichen Ausbildungseinrichtung eine gewissermaßen zweigeteilte Garantie zu geben: Erster Teil: Wir fördern euch, bis ein Betrieb eure Ausbildung auf einem richtigen, regulären Ausbildungsplatz fortsetzt. Zweiter Teil: Wenn sich trotz aller Bemühungen niemand findet, der euch eine Chance gibt, könnt ihr eure Ausbildung bis zum Ende in der überbetrieblichen Einrichtung fortsetzen. Das ist das Neue, für einige Wirtschaftler und Politiker offenbar Anstößige an dem Programm.



Es ist am 1. September 1980 angelaufen und leistet nicht nur nach Meinung des Bundesbildungsminister einen wesentlichen Beitrag, Jugendlichen der ausgewählten Zielgruppe eine faire Ausbildungschance zu geben. Auch der Präsident der Düsseldorfer Handwerkskammer, Diplom Ingenieur Georg Schulhoff, zum Beispiel ist dieser Ansicht. Denn wir haben für unser Programm entscheidende Anregungen von Maßnahmen abgequackt, die Herr Schulhoff in Düsseldorf durchgeführt hat. Womit unterstrichen wäre, daß die anlehnen- den Erklärungen der deutschen Wirtschaft so einmütig nicht sein können, wenn der Wirtschaftsmann Schulhoff anregende Beispiele liefert, der Zentralverband des Deutschen Handwerks das Programm ausdrücklich begrüßt und das Programm selbst in überbetrieblichen Einrichtungen durchgeführt wird, deren größter Teil von "der Wirtschaft" - vor allem dem Handwerk und der Industrie - unterhalten wird. Die Ausbildung geht auch nicht in jedem Fall an den Betrieben vorbei. Denn die Jugendlichen sollen so weit gefördert und in einer Ausbildung vorangebracht werden, daß sie - siehe oben - je eher desto besser von einem Betrieb übernommen und dort zu Ende ausgebildet werden können. Bei wievielen dieser Jugendlichen die Ausbildung schließlich doch am Betrieb vorbeigehen muß, weil kein Betrieb sich ihrer annimmt, das liegt allein bei der Wirtschaft.

Die Bundesrat-Erkenntnis, daß diese Ausbildung "den Grundsätzen des dualen Systems widerspricht", sollte man deshalb so nicht stehen lassen: Da sind junge Menschen, die Ausbildungsplätze suchen. Sie finden aber keine, weil es mit den Deutschkenntnissen hapert, weil sie keinen Hauptschulabschluß haben, weil sie Sonderschüler waren, weil sie drogenabhängig oder Strafgefangene waren, weil sehr vielfältige und verschiedene Benachteiligungen und Beeinträchtigungen sie in der Konkurrenz mit den "normalen" Mitbewerbern verlieren lassen, weil es vielen Betrieben zu mühsam ist, Mängel auszugleichen, obwohl sich eindeutig zeigen läßt, daß sie ausgeglichen werden können. Um einen - zugegeben kleinen - Teil dieser Jugendlichen kümmert sich unser Programm, indem es sie eine normale, allen Anforderungen des dualen Systems genügende Ausbildung in einer überbetrieblichen Einrichtung beginnen läßt und sich darum bemüht, die Jugendlichen so rasch wie möglich in eine Ausbildung in Betrieb und Berufsschule "einzufädeln". Da ist die Frage, ob diese Bemühungen diesem oder jenem System entsprechen doch wohl nicht mehr zu stellen.

Wir werden uns durch die Kritik des Bundesrates - vielleicht ist sie aus der Feder eines übereifrigen Referenten auch nur so "durchgerutscht" - nicht ausreden lassen, daß unser Programm gut, richtig und wichtig ist - und von der Wirtschaft tatkräftig mitgetragen wird. So bekommen zwar nicht Hunderttausende, aber doch einige Tausend der Jugendlichen eine Chance, die sie am nötigsten brauchen.

Humanität ist das Salz der Sonntagsrede. Noch besser freilich wäre es, wenn mehr Politiker daran gingen, Stellungnahmen gründlicher vorzubereiten und allfällige Redeteile in Schritten - so groß wie möglich, so klein wie häufig erzwungenermaßen nötig - in die Wirklichkeit umzusetzen versuchten. Da ist der Phantasie keine Grenze gesetzt, wenn es einem gelingt, Menschen für wichtiger zu halten als Grundsätze.

(-/11.3.1981/ks/ca)

\* \* \*



## Wille zum Sparen

-----  
Berlin trägt der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung

Von Konrad Porzner

Senator für Finanzen in Berlin

Man muß den jetzt in Berlin vorgelegten Nachtragshaushalt in Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung sehen, in der wir leben. Vor allem ein Aspekt ist dabei hervorzuheben: Die Ölverteuerung bedeutet für unsere Volkswirtschaft einen riesigen Kaufkraftentzug. Im Jahre 1980 hat die Bundesrepublik Deutschland für Öl 67 Milliarden DM bezahlt; mehr als doppelt soviel wie im Jahre 1978, obwohl 1980 weniger Öl importiert wurde. Der Preis für das Öl macht inzwischen rund drei Prozent des Bruttosozialproduktes aus. Über diesen Teil des Volkseinkommens, der in die ölexportierenden Länder abfließt, können wir nicht mehr verfügen. Das spüren nicht nur die privaten Haushaltungen, das spüren genauso die Unternehmungen, und das gilt auch für den Staat, den Bund, die Länder und die Gemeinden. Dieser Entzug von Kaufkraft kann durch keinen Trick ausgeglichen werden. Es gibt auch kein wirtschaftspolitisches Patentrezept, um dem zu begegnen.

Von der Bundesrepublik wie von allen Industriestaaten - auch Entwicklungsländern übrigens - sind deswegen gewaltige Anstrengungen gefordert, um diese weltwirtschaftliche Herausforderung zu bestehen. Die Bundesrepublik ist mit einer weltweit konkurrenzfähigen Industrie und mit den geringsten Preissteigerungsraten neben der Schweiz in einer guten Ausgangsposition, um mit diesen Schwierigkeiten fertig zu werden. Die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft auf den Weltmärkten, die Modernisierung unserer Wirtschaft, Einsparung von Energie, eine Politik des Weg-vom-Öl sind Voraussetzungen, damit wir gemeinsam mit den Industriestaaten, vor allem innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, Vollbeschäftigung wiedererreichen.

Vorerst aber müssen die Konsequenzen aus diesen eben genannten wirtschaftlichen Entwicklungen für den Berliner Haushalt gezogen werden. Berlin hat übrigens mit den gleichen Problemen zu tun wie der Bund mit seinem Haushalt und wie alle Bundesländer. Die Steuereinnahmen bleiben in diesem Jahr weit hinter dem Ansatz zurück, der noch im Herbst des vergangenen Jahres angenommen wurde. Wir schätzen zur Zeit mindestens einen Betrag von 120 Millionen DM Mindereinnahmen.

Die Bundeshilfe ist der zweite Grund, weswegen ein Nachtragshaushalt eingebracht werden mußte. Die Bundeshilfe steigt zwar gegenüber dem Vorjahr von 9,180 Milliarden DM um 550 Millionen DM auf 9,730 Milliarden DM - das sind sechs Prozent mehr und damit deutlich mehr als der Zuwachs der Gesamtausgaben des Bundes, aber es sind eben auch 237 Millionen DM weniger, als im Haushalt 1981 des Landes Berlin beschlossen. Wir erkennen an, daß die Bundesregierung trotz der großen Haushaltsschwierigkeiten beim Bund im Rahmen ihrer Möglichkeiten voll zu ihrem finanziellen Engagement für Berlin steht, und wir wissen, daß die Anliegen Berlins bei der Bundesregierung in guten Händen sind und bleiben. Auch die Zusammenarbeit mit allen Fraktionen im Deutschen Bundestag ist ja sehr gut.

Der dritte Grund für den Nachtragshaushalt liegt darin, daß auch Berlin seinen Teil der Leistungen zur Finanzierung des erhöhten Kindergeldes aufbringt, das seit Beginn dieses Jahres ausgezahlt wird, nämlich 31 Millionen DM für die sogenannte Kindermilliarde, zu deren Zahlung sich die Länder 1981 durch eine besondere Vereinbarung bereiterklärt haben.

Im Ergebnis also besteht im Haushalt 1981 eine Deckungslücke von 390 Millionen DM. Bei dieser Gelegenheit möchte ich für die Öffentlichkeit klarstellen, daß dieser Nachtragshaushalt keine Folge des Bürgschaftsfalls Garski ist, wie vielfach unzutreffend behauptet wird. Der Nachtragshaushalt hat damit nichts zu tun.



Die Ursachen der zutage getretenen Deckungslücke im Haushalt sind nicht von vorübergehender Natur, sie signalisieren vielmehr eine tiefgreifende Veränderung der Einnahmentwicklung, mit deren Auswirkung wir in den kommenden Jahren hart konfrontiert sein werden, wir alle miteinander ohne Ausnahme.

Der Berliner Senat hat bewußt davon abgesehen, den Ausgleich für die Deckungsprobleme in höheren Kreditaufnahmen zu suchen. Mit dem Verzicht auf zusätzliche Kreditaufnahme will der Senat zugleich auch jeden Anschein vermeiden, Wahlgeschenke zu verteilen. Ganz im Gegenteil, der Senat schlägt dem Abgeordnetenhaus vor, den Haushaltsausgleich allein durch Einsparungen wiederherzustellen. Damit werden dem öffentlichen Dienst Einschränkungen zugemutet. Es werden auch in dem Umfang, in dem wir Mittel kürzen, öffentliche Dienstleistungen und Leistungen des Staats für die Bürger reduziert. Die Verantwortung dafür trägt der Senat, trägt, wenn es beschlossen werden wird, das Abgeordnetenhaus; die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind dafür nicht verantwortlich zu machen.

Die Kürzungen treffen alle öffentlichen Ausgabenbereiche. Sie beziehen sich sowohl auf die Personalausgaben als auch auf die Investitionen und Sachausgaben. Die Senatsverwaltungen sind davon genauso betroffen wie die Bezirke und die Universitäten, die Eigenbetriebe und Zuwendungsempfänger.

Mit dem Nachtragshaushalt sollen die Investitionen um 150 Millionen DM verringert werden, während die Personal- und Sachausgaben um 240 Millionen DM gekürzt werden sollen. Mit Kürzungen der Personalausgaben werden den Beschäftigten im öffentlichen Dienst keine Sonderopfer abverlangt. Es gibt keine Kündigungen, es gibt keine Gehaltskürzungen, Tarifverträge und gesetzlich festgelegte Leistungen werden erfüllt.

Der Senat hat davon abgesehen, die personalwirtschaftlichen Sparmaßnahmen im einzelnen zu bestimmen. Er schlägt stattdessen vor, jeweils zweieinhalb Prozent bei den Personalausgaben einzusparen. Ausgaben für Auszubildende werden von den Einsparungsverpflichtungen ausdrücklich ausgenommen. Im Zusammenhang mit der Neubildung des Senats ist übrigens streng darauf geachtet worden, daß nur ein Minimum an Personalkosten zusätzlich entstanden ist.

Der Teil der Deckungslücke, der nicht durch Kürzungen bei Investitions- und Personalausgaben aufgefangen werden kann, muß durch Einsparungen bei den Sachausgaben erarbeitet werden. Diese Einsparung soll nur rund ein Hundertstel der Sachausgaben ausmachen.

Der Senat hat den Entwurf des Nachtragshaushalts vorgelegt. Die Entscheidung trifft allein das Parlament. Daß es während der Beratungen im Abgeordnetenhaus Änderungen geben kann, ist für mich selbstverständlich. Ich habe allerdings eine Bitte: Wenn das Abgeordnetenhaus Änderungen beschließen will, die mit zusätzlichen Ausgaben verbunden sind, bitte ich darum, an anderer Stelle Kürzungen zu suchen. Wir müssen das gesteckte Ziel erreichen und 390 Millionen DM einsparen. (-/11.3.1981/hl/ca)

+ + +



Blanker Irrsinn mit Methode  
-----

Zu den Nürnberger Massenverhaftungen

Von Renate Schmidt MdB

Mitglied im Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit des Deutschen Bundestages

"Freistaat Bayern" - seit dem Wochenende entbehrt diese offizielle Bezeichnung nicht der Ironie. Die Vorfälle von Nürnberg - am Donnerstag gingen während einer Spontandemonstration sechs Schaufenster zu Bruch, es entstand ein Sachschaden von 30.000 DM und daraufhin wurde gegen 141 Jugendliche Haftbefehl erlassen und vollstreckt - sind einmalig in Deutschland; hoffentlich bleiben sie einmalig. Die Staatsgewalt hat zugeschlagen, es wurde ein Prankenschlag, den man nicht mehr mit Kopfschütteln, sondern nur noch mit Empörung zur Kenntnis nehmen kann.

Da sitzt jetzt ein fünfzehnjähriges Mädchen im Aichacher Frauengefängnis in Einzelhaft. Da wissen Elternpaare drei Tage nach der Festnahme noch nicht, wo sich ihre Kinder befinden. Da erzählen andere verzweifelt, wie man sie über Tage bewußt irreführt und in der Gegend herumgeschickt hat. Da wird die 19jährige Mutter eines zehn Monate alten Jungen, ohne Nachricht geben zu dürfen, festgehalten. Da werden Jugendliche trotz wichtiger Prüfungstermine am Freitag festgehalten. Konsequenz: Ein Jahr umsonst gelernt. Da wird die Übergabe von Wäschepaketen und Schulbüchern an die Inhaftierten abgelehnt. Da sind die Jugendlichen über die Gefängnisse in ganz Bayern verstreut worden. Man findet sie in Würzburg und Regensburg, in München und Amberg, in Aschaffenburg und Aichach - und in Nürnberg sitzen auch einige. Da wird die Kontaktaufnahme der Verteidiger behindert. Wer auch nur eine Stunde der Klage der Eltern lauscht, glaubt, einem bösen Alptraum beizuwohnen.

Jugendliche - gut die Hälfte fällt ohnehin noch unter das Jugendstrafrecht - werden wie Schwerverbrecher behandelt. Man gibt sich alle Mühe, die Strauß-Prophezeiung von einer nachwachsenden neuen Terroristengeneration auf schauerliche Weise zu erfüllen. Das ist nicht mehr nur noch die Unverhältnismäßigkeit der Mittel, das ist der blanke Irrsinn, aber dafür mit Methode.

Ich schäme mich für eine Justiz, die noch nicht einmal versucht, den Schein zu wahren. Am Fließband und mit der Präzision eines Uhrwerks werden die Haftbescheide erlassen. Schwerer Landfriedensbruch (sechs Fensterscheiben), Verdunkelungsgefahr, Fluchtgefahr, die wegen der zu erwartenden Höhe der Strafe auch nicht durch die Nähe zum Elternhaus gemildert erscheint. Es ist immer das gleiche. Vier Haftrichter, 192 Vorgeführte, 141mal die gleiche Entscheidung. Der Einfachheit halber hat man die Entscheidungen gleich hektografiert. Im Vorweg, man setzt nur noch die Namen ein. Aber die Unterschrift, erklärt einer der Haftrichter mit feinem Spott, die sei noch Original. Oh heiliger Rechtsstaat, wie weit bist Du verkommen.

Angeborene Entlastungszeugen, die die Nichtteilnahme der Inhaftierten an der Demonstration bezeugen können, werden vor die Tür gesetzt. Man macht sich nicht einmal die Mühe, sie anzuhören. Monoton leiern die Staatsanwälte, man habe Erkenntnisse. Welche, wird nicht angegeben. Und die Haftrichter - man hat sie erst vor kurzem für einen Fall wie diesen sorgfältig handverlesen - fragen natürlich auch nicht nach. Einwände der Anwälte werden nicht zur Kenntnis genommen und schon gar nicht widerlegt. Wozu auch die Mühe, man will ein Exempel statuieren! Daß unter allen Haftrichtern nicht ein ein-



ziger Jugendrichter ist, wundert schon nicht mehr. Zumindest diese Richter hätten es schwer gehabt, wegen der allenfalls zu erwartenden Jugendstrafen auch nur einen Haftbefehl zu unterzeichnen. Ein mutmaßlicher Mörder in hunderten von Fällen wurde kürzlich im Auschwitz-Prozeß auf freien Fuß gesetzt. Begründung: Ein fester Wohnsitz bestand, Fluchtgefahr lag angeblich nicht vor. Jugendliche aber, deren Vergehen im Schachspielen in einem Jugendfreizeitzentrum besteht, die Eltern, einen festen Wohnsitz, eine Lehrstelle haben, werden tagelang ohne jede Kontaktmöglichkeit inhaftiert. Eine Mutter: "Jetzt, wo unsere verängstigten Kinder uns am nötigsten brauchen, dürfen wir ihnen nicht einmal sagen oder schreiben, daß wir zu ihnen stehen." Wen wundert's da, wenn nicht wenige Eltern sich an die unselige Vergangenheit des Dritten Reiches erinnert fühlen.

Die Mitarbeiter des KOMM (Städtisches Jugendzentrum, aus dem die 172 Jugendlichen verhaftet wurden) versichern glaubhaft, daß über die Hälfte der Inhaftierten allein deshalb nicht in Frage kommen können, weil sie an der Demonstration ja gar nicht teilgenommen, sondern sich in der Tatzeit im Jugendzentrum aufgehalten hätten. Man ignoriert es. Nürnbergs Polizei und Justiz sind in einen edlen Wettstreit getreten, um endlich auch einmal Geschichte zu machen. Die Mühe hat sich gelohnt. Wen kümmert es da schon, daß es um Menschenschicksale geht. Daß weitere Pressionen in der Schule, am Arbeitsplatz zu erwarten sind. Der schaurige Automatismus der Aktion verschlägt den Atem. Ich appelliere jetzt schon an Lehrherren, Arbeitgeber, Lehrer: Tun Sie alles in Ihren Kräften stehende, um den vielen unschuldig verhafteten jungen Menschen das Vertrauen in diesen Staat nicht gänzlich zu nehmen.

Noch ist die Stadt leidlich ruhig. 2.000 Jugendliche haben am Wochenende gegen Polizei- und Justizwillkür demonstriert. Diszipliniert, auf keine Provokation reagierend. Aber wie lange läßt sich das durchhalten? Die Verbitterung wächst, beschwörende Appelle werden nicht ewig ausreichen, um eine Eskalation zu verhindern. Schon gar nicht deshalb, weil der Nürnberger Polizeipräsident und sein bayerischer Dienstvorgesetzter unverdrossen vor sich hin schwadronieren und sich auch nicht scheuen, haarsträubenden Unsinn über die Demonstranten vorzubringen, die angeblich die Stadt terrorisierten. Der Innenausschuß des Bundestages wird gut beraten sein, nicht nur festzustellen, daß Hausbesetzer mit Terroristen nicht gleichzusetzen sind, sondern auch, daß die Nürnberger Ereignisse mit dem Grundgesetz, mit Gewaltenteilung, also mit einem Rechtsstaat nicht vereinbar sind. Es wird ein Scherbenhaufen zu kitten sein müssen, wenn nicht schleunigst bei der staatlichen Gewalt und der Rechtsprechung ein Umdenkungsprozeß einsetzt.

Kann man das in Bayern erwarten? Ich fürchte nein.

(-/11.3.1981/vo-he/ca)

+

+

+



Übereinstimmung mit Washington

Rüstungskontrolle bleibt vordringliche Aufgabe

Von Dr. Peter Corterier MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik  
der SPD-Bundestagsfraktion

Die Gespräche, die Außenminister Genscher in Washington geführt hat, haben sehr deutlich gemacht, daß die Vereinigten Staaten am Ziel der Rüstungskontrolle festhalten und in diesem Zusammenhang insbesondere die Gespräche über eine Begrenzung der Mittelstreckenraketen fortsetzen werden. Noch in diesem Monat soll sich die Special Consultative Group der NATO mit diesem Thema befassen.

Mit diesem Ergebnis wird eindringlichen Forderungen der SPD Rechnung getragen, den Doppelbeschluß der NATO vom Dezember 1979 nicht einseitig als Stationierungsbeschluß auszulegen, sondern mit der Implementierung des Beschlusses eine rüstungskontrollpolitische Lösung anzustreben. In diesem Sinne hat sich nun auch mit großer Klarheit der Sprecher des State Department ausgesprochen. Eine Beschleunigung des Wettrüstens auf diesem Gebiet wäre keine Lösung. Vielmehr geht es darum, alle nur möglichen politischen Instrumente einzusetzen, um die Rüstungsspirale aufzuhalten.

Der deutsch-amerikanische Meinungsaustausch hat auch auf weiteren für die europäische Sicherheit bedeutenden Gebieten zu größerer Gemeinsamkeit geführt, zum Beispiel in der Frage einer Konferenz über Abrüstung in Europa, auf der entsprechend dem französischen Vorschlag über vertrauensbildende Maßnahmen für ganz Europa verhandelt werden soll.

Auch für Europa ist es von entscheidender Bedeutung, daß die beiden Weltführungsmächte zum Dialog zurückkehren. Dabei kann die amerikanisch-sowjetische Erklärung von Mai 1972 als geeignete Grundlage dienen, auf der auch der SALT-Prozeß am besten zu fördern ist.

(-/11.3.1981/h1/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

